



# OSWALD SIGG

**Bundesratssprecher:** Nach 170 Bundesratssitzungen und 30 Jahren Tätigkeit im Bundesdienst wurde Oswald Sigg Ende März von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz verabschiedet. Im Gespräch mit "persönlich" blickt der ehemalige Vizekanzler und Bundesratssprecher auf seine Karriere zurück, spricht über die aktuelle Regierungskrise, Ogi, Couchepin, Ritschard und Blocher und wagt einen Blick in die Zukunft.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Marc Wetli**

“ Herr Sigg, als Sie am 1. August 2005 zum Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft ernannt wurden, haben Sie den Begriff "Transparente Information" geprägt.

**Was verstanden Sie darunter?**

Ich bedaure, dass Sie sich an diesen Begriff erinnern. Ich habe seinerzeit im Übermut den Mund ein bisschen zu voll genommen. Damals war ich ein "junger" Vizekanzler im Alter von 61 Jahren und hatte das Gefühl, die kleine Welt der bundesrätlichen Kommunikation ändern zu müssen. Als Informationsbeauftragter der Bundesverwaltung bekommt man oft den Eindruck, der Bundesrat sei eine Art Blackbox. Man sieht zwar, was rein- und nachher rauskommt, in der Mitte aber befindet sich eine dunkle Waschmaschine ohne Sichtglas. Deshalb schien mir, man müsse die Vorgänge im Bundesratssitzungszimmer und die Entscheidungsprozesse ein wenig sichtbarer machen.

**Warum ist dies letztlich nicht gelungen?**

Das hat vor allem mit dem Sitzungsgeheimnis zu tun. Die wichtigsten Geschäfte, welche der Bundesrat behandelt, sind mit grüner Farbe gekennzeichnet, was so viel wie "streng vertraulich" bedeutet. Es handelt sich um nur gerade zehn Exemplare, die an die sieben Bundesräte und die drei Bundeskanzler beziehungsweise Vizekanzler weitergegeben

werden. Dabei gilt ein althergebrachtes Prinzip: Je gravierender das Geschäft, desto zurückhaltender ist man im Grunde genommen in der Information – ausser es handelt sich um einen Entscheid. In diesem Fall wird in aller Regel darüber informiert, nicht jedoch über die Art und Weise, wie er zustande gekommen ist. Für die Kommunikation einer Kollegialregierung muss es unerheblich sein, wer welche Argumente für und wer welche Argumente gegen eine Vorlage verwendet hatte. Die Bundesverfassung bestimmt, dass der Bundesrat

kollegial entscheidet, also eigentlich ohne Abstimmung einen Kompromiss sucht. Auch wenn einer der Bundesräte in der

Sitzung gegen einen Entscheid opponiert hat, muss er ihn anschliessend ohne Vorbehalte unterstützen. Dies ist am besten möglich, wenn die verschiedenen Positionen gar nicht erst bekannt werden.

**Aus Ihren Äusserungen spüre ich eine gewisse Resignation. Kann ein Regierungssprecher in der Schweiz also nichts verändern?**

Nur wenig, weil die Kommunikation gänzlich in der Verantwortung des Bundesrates als Gesamtbehörde liegt. Der Regierungssprecher muss sich um die Organisation der Kommunikation kümmern und die schriftlichen, durch die Departemente vorbereiteten Do-

kumente bewilligen oder korrigieren lassen. Diese müssen die bundesrätlichen Entscheide exakt wiedergeben. Zudem muss er die Pressekonzferenzen organisieren und sich um die Nachbearbeitung der Kommunikation kümmern. Man kann diese Arbeit nicht mit jener in den Nachbarstaaten vergleichen. Dort tritt der Sprecher der Regierung mandatiert vom Premierminister oder Ministerpräsidenten in Erscheinung. Diese Einrichtung existiert in der Schweiz bekanntlich nicht.

**Apropos Entscheidungen: Gab Ihnen der Bundesrat im Vorfeld einer Medienkonferenz vor, wie viel Sie preisgeben dürfen, oder lag dies in Ihrem Ermessen?**

Die primäre Kommunikation ist prinzipiell den Bundesräten überlassen. Im Bundesrat wird vereinbart, was der zuständige Departementschef über das Geschäft und die damit verbundenen politischen Ziele sagt. Handelt es sich um ein wichtiges Geschäft, bespricht der Bundesrat die Kommunikation darüber während der Bundesratssitzung.

**Derzeit befindet sich die Schweiz in einer veritablen Krise. Das Bankgeheimnis löst sich auf, aber auch unser Verhältnis zur OECD und zu den deutschen Nachbarn ist sehr gespannt. In diesem Zusammenhang hört man immer wieder den Vorwurf, dass der Bundesrat schlecht kommuniziert.**

Ach, das ist eine Standardformel. Wenn irgendwo in der Schweiz eine Krise ausbricht, ist meistens die Kommunikation schuld.

**“Es ist ganz einfach: Wenn irgendwo in der Schweiz eine Krise ausbricht, ist meistens die Kommunikation schuld.”**



**Trotzdem muss die Behauptung nicht falsch sein...**

Zweifellos. Aber es gibt vor allem in kritischen Situationen Massnahmen, welche man nicht sogleich kommunizieren darf. Beispielsweise aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes oder wegen der Börsenrelevanz des Entscheids.

**Kann man die aktuelle aussenpolitische Situation mit andern Krisen vergleichen, die Sie erlebt haben? Ich denke beispielsweise an die Auseinandersetzung um die Holocaust-Gelder vor zwölf Jahren.**

Bei der Einschätzung von Krisen bin ich immer sehr vorsichtig. Glücklicherweise gibt es für deren Bewertung keinerlei Massstäbe. Es gibt lediglich ein subjektives Gefühl, welches vor allem durch die Medien geprägt ist. Die Erfahrung zeigt, dass man in hektischen

Zeiten nicht irgendwelche Krisenschablonen anwenden kann, sondern dann vor allem nach den herkömmlichen Regeln des Handwerks kommunizieren soll. Dabei stehen vor allem professionelle und auch ethische Prinzipien im Vordergrund.

**Das heisst?**

Ich spreche von gewissen Grundkriterien, wie Wahrheit, Sachlichkeit, Regelmässigkeit, umfassende Information und wenn möglich Transparenz. Diese Regeln gehören zum Handwerk und bekommen in einer Krise eine ganz besondere Bedeutung.

**Trotzdem noch ein Wort zur aktuellen Situation.**

**Könnte die Kommunikation nicht Gegensteuer geben, sollte der Eindruck entstehen, der Bundesrat sei führungsschwach?**

Nein, denn die Kommunikation kann und darf in keinem Fall besser sein wollen als die Politik, die sie vermittelt. Andernfalls wäre sie unglaubwürdig. Die kommerzielle Kommunikation, Werbung, PR und Sponsoring, funktionieren ganz anders als die Kommunikation im Bereich öffentlicher Belange.

**Dann kann die Kommunikation an der jetzigen Situation nichts ändern?**

Nein. Es ist an der Politik, eine Situation zu verändern.

**Seit 1848 verfügt die Schweiz über sieben Bundesräte. Ist dieses System überhaupt noch zeitgemäss?**

Absolut. Bereits nach der ersten Revision der Bundesverfassung im Jahre 1874 hat man schon ansatzweise von einer Vergrösserung des Bundesrates gesprochen, später gab es auch Volksinitiativen, welche das gleiche Ziel verfolgten. Grund dieser Vorstösse war aber nicht die Überbelastung des Gremiums, sondern die Frage, wie man dessen politische Repräsentation verbessern könnte. Zuerst wollten die Katholisch-Konservativen in den Bundesrat einziehen, dann die Sozialdemokraten. In den letzten Jahrzehnten ist der aussenpolitische Bereich wichtiger geworden. Gerade die bilateralen Verträge bringen der Verwaltung sehr viel Arbeit. Auch sind die Ansprüche des Parlaments gestiegen. Aber das tägliche Regierungsgeschäft, welches von sieben Magistratinnen und Magistraten verantwortet wird, hat sich bezüglich Volumen und Komplexität in den letzten Jahrzehnten nicht allzu stark verändert.

**Blicken wir auf Ihre Karriere zurück: Welches war die schwierigste Situation, mit welcher Sie konfrontiert wurden?**

Schwierig zu sagen. Ein konkreter Vorbote der Nichtwiederwahl Blochers war sicherlich die Holenweger-Affäre. Die Geschäftsprüfungskommission unter der Leitung von Nationalrätin Meier-Schatz nahm im September 2007 Alt-Bundesrat Christoph Blocher ins Visier. Blocher hatte den Bericht als Verschwörung gegen seine Person empfunden, in welcher auch andere Bundesräte verwickelt seien. Seine Kollegen haben dies natürlich anders gesehen. Dies war nicht nur für Blocher eine schwierige Zeit, sondern auch für das ganze Kollegium.

**Hat sich das Klima innerhalb des Bundesrates nach der Abwahl Blochers wirklich verändert, wie oftmals behauptet wird?**

Das Klima hat sich sicherlich verändert, vor allem weil heute alle dasselbe Ziel verfolgen, nämlich gute Lösungen zu finden. Wenn in einem Gremium ein Mitglied von vornherein nicht bereit ist, andere als die seinige Lösung zu akzeptieren, dann sind Probleme unvermeidbar. Unsere Regierung hat aber den Auftrag, kollegial zu entscheiden: Als Christoph Blocher noch Teil des Gremiums war, gab es selten Konsens in den grundlegenden Fragen. Blocher orientierte sich letztlich stärker an den Interessen seiner Partei als an den Interessen des Bundesrates und des Landes.

**Trotzdem hört man gerade in letzter Zeit immer wieder, dass unsere Regierung zerstritten sei.**

**Haben Sie dies auch so erlebt?**

Ach wissen Sie, manchmal verträgt es das Hüsteln nicht, ohne dass die Medien von ganz grundlegenden Zerwürfnissen berichten. Nein: Im Bundesrat ist wohl hie und da Unmut festzustellen, aber alles in allem arbeitet man gut und konstruktiv zusammen.

**Bevor Sie Bundesratssprecher wurden, waren Sie als Pressesprecher für die Bundesräte Willy Ritschard, Otto Stich, Adolf Ogi, Samuel Schmid und Moritz Leuenberger tätig. Hat sich die Arbeit bei den einzelnen Magistraten stark unterschieden?**

Ja, sicher. Das Amt eines Bundesrates ist eigentlich ein Verschleissjob, das war bei allen gleich, aber sie prestierten das unterschiedlich. Als ich bei Willy Ritschard angestellt war, erreichte er nicht nur das Ende seiner Amtszeit, sondern auch das Ende seines Lebens. Obwohl man seinen Tod kurz vor seinem Rücktritt im Herbst 1983 nicht voraussehen konnte, war er zu jenem Zeitpunkt bereits geschwächt. Ritschard konzentrierte sich damals vor allem auf seine öffentlichen Auftritte und das Verfassen seiner Reden. Ich habe nie mehr einen Politiker erlebt, welcher in der Bevölkerung die gleiche Beachtung auslöste wie Ritschard.



**Es hiess, der Schriftsteller Peter Bichsel habe ihm seinerzeit beim Schreiben seiner Reden geholfen.**

Das ist eine Legende. Peter Bichsel hatte viele Bücher und Dokumente gelesen. Bei den gemeinsamen Spaziergängen soll er Ritschard den einen oder anderen Ratschlag gegeben haben, welche dieser in seine Reden einfließen liess. Geschrieben wurden die Reden aber von Ritschard selber.

**Welche Erinnerungen haben Sie an Willy Ritschard?**

Als ich Mitte der Siebzigerjahre zu Ritschard kam, hatte er soeben einen freisinnigen Pressechef entlassen. Daraufhin entwickelte ich ein dreiseitiges Konzept, in welcher ich meine Vorstellungen über Kommunikation erläuterte. Danach hörte ich nichts mehr von Ritschard. Als ich ihn einige Tage später darauf ansprach, meinte er: "Dein Konzept ist gut und recht. Aber deine Aufgabe ist eine andere: Du musst jede Woche ein paar Mal ins Journalistenzimmer hineinschauen und dabei in Erfahrung bringen, worüber gesprochen wird, was sie schreiben und senden wollen." Von einem Konzept wollte er dann gar nichts mehr wissen. Ich habe dieser Anweisung auch bei andern Bundesräten Folge geleistet. So war ich als Informationschef immer frühzeitig gewarnt, wenn eine unliebsame Story geplant war. Im Zeitalter der Donnerstags- und Sonntagspresse wurde es fast schon Pflicht, in dieser Weise Augen und Ohren offen zu halten.

**Alt-Bundesrat Adolf Ogi suchte im Gegensatz zu Willy Ritschard eher einen Verkäufer.**

Vor allem jüngere Bundesräte hatten oft den unausgesprochenen Anspruch, dass man sie gegen aussen "verkauft". In der heutigen medialen Welt ist diese Haltung nachvollziehbar. Allerdings sagte ich meinen jungen Kolleginnen und Kollegen stets: "Eure Aufgabe besteht nicht darin, eure Chefs zu verkaufen, denn das machen sie wenn schon selber. Vielmehr habt ihr die Aufgabe, eine schlichte, sachliche und politische Informationsleistung im Dienste des Bürgers und des Bundesrats zu erbringen, wobei eine distanzierte Zusammenarbeit mit den Medien entsteht." Die Gemeinsamkeit zwischen den Informationsbeauftragten der Bundesverwaltung und den Journalisten ist die Alimentierung der öffentlichen Diskussion, und dieser politische Diskurs ist die Grundlage der direkten Demokratie.

**Mit dieser Einstellung waren Sie eher einsam, wenn man bedenkt, dass im Bundeshaus mittlerweile 600 PR-Berater tätig sind.**

(Lacht) Deswegen bin ich nun auch in Pension gegangen.

**Benötigt die öffentliche Verwaltung überhaupt so viele PR-Leute?**

Ja, leider benötigt man sie. Es handelt sich dabei keineswegs um Verkäufer oder böse ausgedrückt um Schaumschläger, sondern

in erster Linie um seriöse Redaktoren oder Webmaster, die in den einzelnen Departementen tätig sind. Ich bedauere beispielsweise, dass viele gute Journalisten in die Verwaltung wechseln. Sie fehlen anschliessend in den Medien. Mein Vorwurf richtet sich an die Verleger, welche die Politjournalisten zu schlecht bezahlen. Um die öffentliche Diskussion trotzdem zu alimentieren, braucht es heute auf der Seite der Behörden und der Verwaltung immer mehr Informationsleute. Ein Beispiel: Als ich in den Siebzigerjahren im Bundeshaus begonnen habe, überlegte man sich sogar, eine eigene Zeitung herauszugeben. Diese sollte die Abstimmungsvorlagen erklären. Zwar existierte seit 1849 das *Bundesblatt*, aber dies war keine politische Zeitung. Die Idee wurde verworfen, weil man der Ansicht war, dies sei Aufgabe der Medien. Doch die Zeiten haben sich geändert. Heute gehört es zu den vornehmsten Arbeiten des Bundesratsprechers, die Abstimmungserläuterungen des Bundesrates zu redigieren. Beim roten Abstimmungsbüchlein handelt sich um die grösste politische Publikation der Schweiz, welche in einer Auflage von jeweils über fünf Millionen Exemplaren erscheint. Dieses Beispiel zeigt, wie rasch der Bund in die Lage versetzt wurde, die politische Diskussion anzukurbeln, da dies in den herkömmlichen Medien vernachlässigt wird.



**INSERAT 1/1 RA**  
**POST LOGISTIC**

**Im Zusammenhang mit der Nef-Affäre und dem Rücktritt von Bundesrat Samuel Schmid hat der Zürcher Soziologieprofessor Kurt Imhof den Begriff "Rudeljournalismus" geprägt und das Verhalten der Medien stark kritisiert. Sie haben ihm dabei recht gegeben.**

Ich stehe Tiervergleichen immer ein wenig skeptisch gegenüber. Trotzdem verstehe ich, was Kurt Imhof gemeint hat, und kann es hundertprozentig unterschreiben. Im Zeitalter der parteipolitisch orientierten Zeitungen hätte es eine solche Medienhatz wie im Fall Nef/Schmid nicht gegeben.

**Wieso?**

Durch das Aufkommen von privaten elektronischen Medien und verstärkt durch die Gratiszeitungen hat sich auch im Bundeshaus vieles verändert. Es ist ein spezielles Phänomen, dass hinter den kommerziell strukturierten Medien weniger Verlage denn wirtschaftlich geführte Unternehmen stehen, die auf Profitwirtschaftung ausgerichtet sind. Deswegen ist es eigentlich schon aus wirtschaftlichen Überlegungen unsinnig, wenn alle Medien die gleiche Politberichterstattung pflegen. Gerade in schwierigen Momenten sollte man sich marktlogisch gedacht im Angebot konkurrieren. Im Fall Schmid/Nef war aber das Gegenteil der Fall. Dort konnte man feststellen, dass praktisch alle Medien mehr oder weniger dieselbe Linie verfolgten, also gegen Schmid geschrieben und gesendet haben.

**Möglicherweise hatten die Medien im Fall Schmid/Nef recht...**

Das ist für mich nicht der entscheidende Punkt. Man könnte die Frage auch anders stellen: Für wen haben diese Medien geschrieben, und an welches Publikum wandten sie sich? Im Fall von Bundesrat Schmid entsprach die Meinung der Medien keineswegs demjenigen des Publikums. Ich habe in jenen Tagen immer wieder gestaunt. Ich habe nämlich am Arbeitsplatz, am Stammtisch, auf der Strasse oder im Bus sehr häufig Leute getroffen, welche die Medienwelt überhaupt nicht mehr verstanden haben und voll hinter Bundesrat Schmid standen. Heute – fast ein Jahr später – bin ich aber überzeugt, dass es sich bei dem damaligen Rudeljournalismus nicht einfach um eine von der SVP gesteuerte Kampagne handelte, denn dazu ist selbst diese Partei nicht in der Lage. Den Medien würde ich keine niederen Beweggründe attestieren wollen, aber eine zu wenig recherchierte und durchdachte Berichterstattung.

**War es dann politisch richtig oder falsch, dass Samuel Schmid zurückgetreten ist?**

Schmid blieb gar nichts anderes übrig. Dieser

Druck war gar nicht mehr auszuhalten. In diesem Punkt möchte ich auch meine Kritik zum Ausdruck bringen: Die Medien haben Schmid so fertiggemacht, dass er schlussendlich zurückgetreten ist. Aus staatspolitischer Sicht ist dies höchst bedenklich.

**Lange Zeit galt der Blick als Leitmedium im Bundeshaus. Ist dies immer noch der Fall?**

Das kann ich nicht beurteilen. Vor dreissig Jahren galt die Devise: "Wenn man die Kommentare der akkreditierten Bundeshausjournalisten gelesen hat, weiss man, wer am Vortag zusammen im Café gegessen ist." Das ist heute anders.

**Welche Einwirkung hat das Internet auf die Politberichterstattung?**

Ich glaube, das Internet hat auf die herkömmlichen Medien noch keine grossen Auswirkungen. Die ganze Blogszenen hat in Amerika, Deutschland und Frankreich einen weitaus grösseren Einfluss. Hingegen werden die Online-Medien im Verbund mit Gratiszeitungen immer wichtiger. Interessanterweise spielen Agenturen wie SDA oder AP wieder eine wichtigere Rolle, weil Gratiszeitungen aus Kostengründen nur über kleine Redaktionen verfügen.

**Sie waren selbst einmal Chefredaktor bei der Schweizerischen Depeschagentur (SDA).**

**Weshalb haben Sie sich nach kurzer Zeit wieder der Kommunikation zugewandt?**

Ich habe mich seinerzeit bei der SDA nicht so wohlgefühlt, weil ich als Chefredaktor einer Agentur journalistisch nur wenig bewirken konnte. Vielmehr hatte ich mich mit Managementaufgaben herumzuschlagen, was mir nicht lag. Bezüglich der Strategie des Unternehmens vertrat ich eine andere Meinung als der Verwaltungsrat, sodass ich mich nach kurzer Zeit wieder der Kommunikation zuwandte. Bevor ich aber gänzlich ins Bundeshaus zurückkehrte, war ich noch Kommunikationschef der SRG.

**Was war der berufliche Höhepunkt?**

Da gab es deren viele. Etwas sibyllinisch ausgedrückt: Sowohl bei der SRG und der SDA wie auch in den verschiedenen Departementen gab es Höhe- wie auch Tiefpunkte, ohne dass diese ausgeglichen verteilt gewesen wären.

**Zum Beispiel?**

Als Willy Ritschard einst eine Mairade halten musste, fragte er mich: "Was würdest du als junger Sozialist in dieser Situation sagen?" Ich notierte ihm einige Punkte, hörte aber nichts mehr von ihm. Als ich Ritschard darauf ansprach, meinte er trocken: "Danke, jetzt weiss ich wenigstens, was ich nicht sagen soll." Das war sicher ein Tiefpunkt in meiner damals noch jungen Laufbahn. Zum selben Zeitpunkt stand der Besuch der englischen Königin in der Schweiz an. Der *Blick* verbreitete Geschichten über den englischen



**INSERAT 1/1 RA**  
**TRANSFORMER**



Hof, worauf sich Ritschard massiv aufregte. Zu Beginn seiner Mairrede meinte er, man müsse Vernunft annehmen und die arme Königin nicht bis auf "Gloschli" ausziehen. Als die Zuhörer realisierten, dass es sich beim "Gloschli" um den solothurnischen Ausdruck für Unterhose handelte, war es bereits zu spät, und die Medien hatten ihr Thema. So berichtete die SDA fettgedruckt von "kritischen Bemerkungen des Finanzministers zum bevorstehenden Staatsbesuch". Anschliessend hiess es in dieser Meldung, Ritschard habe öffentlich Sitten und Gebräuche am englischen Hof kritisiert.

**Kam es zu einem Eklat?**

Fast. Ich gab Ritschard die SDA-Meldung, worauf er zusammenzuckte und mich ins Journalistenzimmer schickte, um dort den erstaunten Redaktoren mitzuteilen, die erste Seite des Referats mit diesen Bemerkungen werde er, Ritschard, in seiner Rede nicht vortragen. Am anderen Tag wurde alles noch schlimmer. Die Zeitungen schrieben, Ritschard ziehe quasi seine Rede zurück, weil er Angst vor der Reaktion der Königin habe. Doch Königin Elizabeth II. reiste wider Erwarten nicht ab, und der ganze Skandal löste sich in Minne auf. Ich kann mich an diverse Erlebnisse mit den andern Bundesräten erinnern. Es ist einfach spannend für einen politisch interessierten Bürger, wenn man hinter diesen Bundesräten stehen und ihnen über die Schulter schauen darf.

**Hat Sie ein Bundesrat jemals mit Vorwürfen konfrontiert?**

Von Vorwürfen kann man nicht sprechen, aber wir haben ab und zu festgestellt, dass wir uns in einer medialen Schräglage befanden. Manchmal konnten wir eine Korrektur vornehmen, dann gelang es wieder nicht.

**Kritische Stimmen meinten, dass es mit Bundesrat Schmid nur noch abwärts ging, als Sie zu Moritz Leuenberger wechselten.**

Das sehe ich gar nicht so. Ein Informationschef kann im besten Sinne bewirken, dass ein Politiker seine kommunikative Seite optimieren kann. Das heisst, er kann mithelfen, für die Kommunikation die gute Plattform zu konstruieren oder den optimalen Zeitpunkt zu bestimmen. "Gebt mir eine Million Franken, und ich mache aus einem Händöpfelsack einen Bundesrat" – dies soll der Altmeister der Schweizer Werbung, Rudolf Farner, in den Sechzigerjahren gesagt haben. Das stimmte schon damals nicht. Und heute noch viel weniger.

**Bundesrat Couchepin hat sich seinerzeit gegen Ihre Ernennung zum Bundesratssprecher gestellt. Hatte dies später Auswirkungen?**

Nein. Tempi passati. Wegen seiner Kritik habe ich dann Italienischstunden genommen.

**Wie muss man sich Ihr weiteres Leben ohne Bundeshaus vorstellen?**

Meine Planung beinhaltet ein Fünf-Punkte-Programm, welches folgendermassen aussieht: Schlafen, Schreiben, Schwimmen, Lesen und Reisen.

**Werden Sie hin und wieder auch die Schweiz verlassen?**

Sicher (lacht). Sie denken sicherlich an meinen Vater, der einmal gesagt hat: "Solange man die drei Burgen von Bellinzona nicht

kennt, fährt man nicht ins Ausland." Ich kenne Sie immer noch nicht. Der Chef der Waffenstillstandskommission in Korea, ein Schweizer Divisionär, hat mir geschrieben, er wünsche mir viel Glück. Wenn ich mich strikt an den Ratschlag meines Vaters halten würde, könnte er wohl nicht mehr mit meinem Besuch rechnen.

**Und worüber möchten Sie schreiben?**

Das weiss ich noch nicht. Vielleicht die eine oder andere Kolumne. In meiner Schulzeit spielte ich gerne Kasperlitheater. Das könnte ich wieder aufnehmen, nach all diesen Jahren im Bundeshaus. ”

